

# Hauptsatzung der Gemeinde Lossatal

## Präambel

Auf Grund von § 4 Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der derzeit gültigen Fassung hat der Gemeinderat der Gemeinde Lossatal am 10.09.2014 mit der Mehrzahl aller Mitglieder folgende Neufassung der Hauptsatzung beschlossen:

## Abschnitt I

### Organe der Gemeinde

#### § 1 Organe der Gemeinde

Organe der Gemeinde sind der Gemeinderat und der Bürgermeister.

## Abschnitt II

### Gemeinderat

#### § 2 Rechtsstellung und Aufgaben

Der Gemeinderat ist die Vertretung der Bürger und das Hauptorgan der Gemeinde. Er führt die Bezeichnung Gemeinderat. Der Gemeinderat legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Gemeinde, soweit nicht der Bürgermeister kraft Gesetzes zuständig ist oder ihm der Gemeinderat bestimmte Angelegenheiten überträgt. Der Gemeinderat überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse und sorgt beim Auftreten von Missständen in der Gemeindeverwaltung für deren Beseitigung durch den Bürgermeister.

#### § 3 Zusammensetzung des Gemeinderats

- (1) Der Gemeinderat besteht aus den Gemeinderäten und dem Bürgermeister als Vorsitzendem.
- (2) Der Gemeinderat besteht aus 18 Gemeinderäten.

## Abschnitt III

### Ausschüsse des Gemeinderats

#### § 4 Beschließender Ausschuss

- (1) Es wird folgender beschließender Ausschuss gebildet:

der Betriebsausschuss des Eigenbetriebs „Wirtschaftsbetrieb Lossatal“

- (2) Der Betriebsausschuss besteht aus dem Bürgermeister und 6 weiteren Mitgliedern des Gemeinderates. Der Gemeinderat bestellt die Mitglieder und deren Stellvertreter in gleicher Zahl widerruflich aus seiner Mitte. Die Zuständigkeiten des Betriebsausschusses regelt die Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Wirtschaftsbetrieb Lossatal“.

## **Abschnitt IV**

### **Bürgermeister**

#### **§ 5 Rechtsstellung des Bürgermeisters**

- (1) Der Bürgermeister ist Vorsitzender des Gemeinderates und Leiter der Gemeindeverwaltung. Er vertritt die Gemeinde.
- (2) Der Bürgermeister ist hauptamtlicher Beamter auf Zeit. Seine Amtszeit beträgt 7 Jahre.

#### **§ 6 Aufgaben des Bürgermeisters**

(1) Der Bürgermeister ist für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsmäßigen Gang der Gemeindeverwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation der Gemeindeverwaltung. Er erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Rechtsvorschrift oder vom Gemeinderat übertragenen Aufgaben.

(2) Dem Bürgermeister werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:

1. die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan bis zum Betrag von 40.000 Euro im Einzelfall sowie die Vergabe von Bauleistungen nach VOB/A bis zum Betrag von 25.000 Euro (netto) im Einzelfall und Lieferungen und Leistungen nach VOL/A bis zum Betrag von 25.000 Euro (netto) im Einzelfall.
2. die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben und zur Verwendung von Deckungsreserven sowie die Zustimmung zu Nachträgen bis zu 10.000 Euro im Einzelfall,
3. die Einstellung, Ernennung, Beförderung und die Kündigung von Beschäftigten der Entgeltgruppen 1 bis 6 TVöD, Aushilfsangestellten, Auszubildenden, Praktikanten und anderen in Ausbildung stehenden Personen,
4. die Gewährung von unverzinslichen Lohn- und Gehaltsvorschüssen sowie von Unterstützungen und Arbeitgeberdarlehen im Rahmen vom Gemeinderat erlassener Richtlinien,
5. die Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Zuschüssen bis zu 500 Euro im Einzelfall,
6. die Stundung von Forderungen im Einzelfall bis zu 3 Monaten in unbeschränkter Höhe, im Einzelfall von mehr als 3 Monaten bis zu 6 Monaten bis zu einem Höchstbetrag von 3.000 Euro, im Einzelfall von mehr als 6 Monaten bis zu einem Höchstbetrag von 1.000 €,
7. den Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreitigkeiten und den Abschluß von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung, der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Gemeinde im Einzelfall nicht mehr als 1.000 Euro beträgt,
8. die Veräußerung und dingliche Belastung, der Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten im Wert bis zu 500 Euro im Einzelfall,
9. Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bis zu einem jährlichen Miet- oder Pachtwert von 1.000 Euro im Einzelfall,
10. die Veräußerung von beweglichem Vermögen bis zu 1.000 Euro im Einzelfall,

11. die Bestellung von Sicherheiten, die Übernahme von Bürgschaften und von Verpflichtungen aus Gewährverträgen und den Abschluß der ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Rechtsgeschäfte, soweit sie im Einzelfall den Betrag von 2.500 Euro nicht überschreiten,
12. die Aufnahme von Kommunaldarlehen im Rahmen des genehmigten Gesamtbetrages der Kreditaufnahme und die Umschuldung von bereits bestehenden Kreditverträgen,
13. die Stellungnahme zu Bauanträgen.

### **§ 7 Stellvertretung des Bürgermeisters**

(1) Der Gemeinderat bestellt aus seiner Mitte einen ehrenamtlichen Stellvertreter des Bürgermeisters. Die Stellvertretung beschränkt sich auf die Fälle der Verhinderung.

### **§ 8 Beauftragte/r**

(1) Der Gemeinderat bestellt eine(n) Gleichstellungsbeauftragte(n) und eine Frauenbeauftragte. Sollte eine Gleichstellungsbeauftragte bestellt werden, kann diese auch die Funktion der Frauenbeauftragten übernehmen.

(2) Die/Der Gleichstellungsbeauftragte erfüllt ihre/seine Aufgaben im Ehrenamt. Aufgabe der/des Gleichstellungsbeauftragten ist es, in der Gemeinde auf die Verwirklichung des Grundrechts der Gleichberechtigung von Männern und Frauen (Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes) einzuwirken.

Dazu gehört insbesondere:

1. die Einbringung frauenspezifischer Belange in die Arbeit von Gemeinderäten und Gemeindeverwaltung,
2. die Mitwirkung an Maßnahmen der Gemeindeverwaltung, die die Gleichstellung von Männern und Frauen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der beruflichen Lage von Frauen berühren,
3. die Zusammenarbeit mit Verbänden und Frauengruppen,
4. die Schaffung eines Netzes der Zusammenarbeit in Frauenfragen vor Ort.

(3) Die/Der Gleichstellungsbeauftragte ist in der Ausübung ihrer/seiner Tätigkeit unabhängig und kann an den Sitzungen des Gemeinderates sowie der für ihren/seinen Aufgabenbereich zuständigen Ausschüsse mit beratender Stimme teilnehmen. Der Bürgermeister hat die/den Gleichstellungsbeauftragte über geplante Maßnahmen gemäß Abs. 2 Nr. 1-4 rechtzeitig und umfassend zu unterrichten.

(4) Der Gemeinderat kann weitere Beauftragte mit Festlegung des Aufgabenbereiches berufen.

(5) Für das Ende der Amtszeit der bestellten Beauftragten gilt § 33 SächsGemO analog.

## **Abschnitt V**

### **Mitwirkung der Bürgerschaft**

#### **§ 9 Einwohnerversammlung**

(1) Eine Einwohnerversammlung gemäß § 22 SächsGemO ist anzuberaumen, wenn dies von den Einwohnern beantragt wird. Der Antrag muss unter Bezeichnung der zu erörternden Angelegenheit schriftlich eingereicht werden. Der Antrag muss von mindestens 10 vom Hundert der Einwohner, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, unterzeichnet sein.

#### **§ 10 Bürgerbegehren**

(1) Die Durchführung eines Bürgerentscheides nach § 24 SächsGemO kann schriftlich von Bürgern der Gemeinde Lossatal beantragt werden (Bürgerbegehren). Der Antrag muss mindestens von 10 vom Hundert der Bürger der Gemeinde unterzeichnet sein.

(2) Bürgerentscheide und Bürgerbegehren gemäß §§ 24 und 25 SächsGemO können auch in Ortschaften, in denen die Ortschaftsverfassung besteht, durchgeführt werden, aber nur für Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen.

## **Abschnitt VI**

### **Ortschaftsverfassung**

#### **§ 11 Ortschaftsverfassung**

(1) In folgenden Ortsteilen besteht die Ortschaftsverfassung:

- Dornreichenbach
- Falkenhain mit den Ortsteilen Frauwalde und Heyda
- Großzscheпа
- Hohburg mit den Ortsteilen Kleinzscheпа, Müglenz, Watzschwitz,
- Kühnitzsch mit dem Ortsteil Körlitz
- Lüptitz mit dem Ortsteil Zschorna
- Meltewitz mit dem Ortsteil Mark Schönstädt
- Thammenhain mit dem Ortsteil Voigtshain

(2) Für die vorgenannten Ortsteile wird jeweils ein Ortschaftsrat gebildet und ein ehrenamtlich tätiger Ortsvorsteher gewählt. Die Zahl der Mitglieder in den Ortschaftsräten wird wie folgt festgelegt.

a) Dornreichenbach	<b>5 Mitglieder</b>
b) Falkenhain mit den Ortsteilen Frauwalde und Heyda	<b>8 Mitglieder</b>
c) Großzscheпа	<b>5 Mitglieder</b>
d) Hohburg mit den Ortsteilen Kleinzscheпа, Müglenz und Watzschwitz	<b>10 Mitglieder</b>
e) Kühnitzsch mit dem Ortsteil Körlitz	<b>5 Mitglieder</b>
f) Lüptitz mit dem Ortsteil Zschorna	<b>7 Mitglieder</b>
e) Meltewitz mit dem Ortsteil Mark Schönstädt	<b>5 Mitglieder</b>
g) Thammenhain mit dem Ortsteil Voigtshain	<b>6 Mitglieder</b>

(3) Den Ortschaftsräten werden die in § 67 Abs. 1 SächsGemO genannten Aufgaben zur dauernden Erledigung übertragen.

## Abschnitt VII

### Schlussbestimmungen

#### § 12 Inkrafttreten

(1) Diese Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die bisherige Hauptsatzung der Gemeinde Lossatal vom 15.01.2014 außer Kraft.

Lossatal, den 11.09.2014

Weigelt  
Bürgermeister



#### Hinweis

Nach § 4 Abs.4 Satz 1 SächsGemO gelten Satzungen die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat  
oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

Bürgermeister

